

Stand: 17.07.2025 02:01:53

Initiativen auf der Tagesordnung der 15. Sitzung des VF

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/3787 vom 30.10.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3912 des VF vom 07.11.2024
3. Initiativdrucksache 19/3790 vom 30.10.2024
4. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3913 des VF vom 07.11.2024
5. Initiativdrucksache 19/3813 vom 05.11.2024
6. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3914 des VF vom 07.11.2024



Antrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Katja Weitzel, Christiane Feichtmeier, Martina Fehner, Volkmar Halbleib, Harry Scheuenstuhl, Arif Taşdelen, Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Nicole Bäuml, Florian von Brunn, Sabine Gross, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann SPD**

Schwere Misshandlungen von Gefangenen in der JVA Augsburg-Gablingen?

Der Landtag wolle beschließen:

Anlässlich der aktuellen Presseberichterstattung über mutmaßliche schwere Misshandlungen von Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Augsburg-Gablingen wird die Staatsregierung aufgefordert, dem Landtag schriftlich und im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration mündlich über die Vorfälle zu berichten.

In dem Bericht soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Welche Informationen und jeweils seit wann liegen der Staatsregierung zu den Vorwürfen der mutmaßlichen schweren Misshandlungen von Gefangenen vor, die u. a. von einer Augsburger Anwältin und von einer ehemaligen Gefängnisärztin erhoben werden?
- Trifft es zu, dass Gefangene unbekleidet und ohne Matratze und Decken in einem „besonders gesicherten Haftraum ohne gefährdende Gegenstände“ untergebracht wurden? Falls ja, wie oft und wann ist dies geschehen und seit wann hat die Staatsregierung hiervon Kenntnis?
- Wie in der Presse berichtet wird, geht die Staatsanwaltschaft Vorwürfen nach, wonach es auch zu tätlichen Übergriffen von Beschäftigten auf Gefangene gekommen sein soll. Ist dies zutreffend und falls ja, hatte die Anstaltsleitung hiervon Kenntnis und was unternahm sie dagegen bzw. waren Vorgesetzte möglicherweise sogar daran beteiligt?
- Falls zutreffend, welche konkreten Vorwürfe bezüglich der Behandlung und Versorgung der Gefangenen sind aktenkundig, und welche internen Ermittlungen wurden hierzu eingeleitet? Trifft es insbesondere auch zu, dass Gefangene nur unzureichend mit Essen und Trinken versorgt wurden, teilweise womöglich sogar nur ein Glas Wasser am Tag bekamen?
- Wurden Disziplinarverfahren eingeleitet und falls ja, gegen wen und wie ist der Stand? Falls nein, warum nicht?
- Ist es zutreffend, dass gegen die stellvertretende Leiterin der JVA Augsburg-Gablingen ein Ermittlungsverfahren läuft und Misshandlungen auf ihre Anordnung hin geschahen? Und was hat es mit Medienberichten auf sich, dass es bereits an einer früheren Arbeitsstätte der stellvertretenden JVA-Leiterin zu Auffälligkeiten gekommen sei (Kaisheim, ggf. noch an anderen)?
- Ist es zutreffend, dass das Staatsministerium der Justiz (StMJ) bereits seit Oktober 2023 von den schweren Vorwürfen gegen die JVA Augsburg-Gablingen weiß, wie der BR berichtet?

- Ist es zutreffend, dass sich eine damalige Anstaltsärztin aufgrund der Verhältnisse in der JVA Augsburg-Gablingen zur Kündigung gezwungen sah und sie dies in einem Schreiben an das StMJ auch so zum Ausdruck brachte?
- Ist es zutreffend, dass auch ein weiterer in der JVA Augsburg-Gablingen tätiger Arzt schon vor dem besagten Schreiben den Kontakt zum StMJ gesucht hat, um zu erfahren, wie von ihm selbst gemeldete Vorfälle verfolgt werden?
- Hatte die Hausleitung des StMJ, insbesondere Staatsminister Georg Eisenreich, Kenntnis von dem Schreiben der Anstaltsärztin und/oder von den von dem anderen Arzt gemeldeten Vorfällen?
- Was wurde seitens des StMJ nach den Meldungen des weiteren Arztes sowie nach dem Schreiben der Anstaltsärztin unternommen bzw. falls nichts unternommen wurde, warum nicht?
- Trifft es zu, dass bereits im Jahr 2023 aufgrund eines sachverhaltsschildernden Schreibens der damaligen Anstaltsärztin ein staatsanwaltschaftliches Vorermittlungsverfahren eingeleitet wurde? Falls ja, wann wurden die Vorermittlungen auf welche Art und Weise geführt und ggf. mit welcher Begründung eingestellt? Handelte es sich hierbei um ein berichtspflichtiges Verfahren gegenüber der Generalstaatsanwaltschaft? Wurde dem StMJ, insbesondere Staatsminister Georg Eisenreich, berichtet? Was unternahm das StMJ, insbesondere Staatsminister Georg Eisenreich, nach der Einstellung der Vorermittlungen seitens der Staatsanwaltschaft? Falls nichts unternommen wurde, warum nicht?
- Ist es zutreffend, dass es sich bei der Anstaltsleitung in der JVA Kaisheim um den Ehemann der Leiterin in der JVA Augsburg-Gablingen handelt? Wie ist das Verhalten der beiden Anstaltsleitungen – insbesondere angesichts der in der Presse erhobenen Vorwürfe gegen die stellvertretende Anstaltsleiterin – jeweils zu bewerten? Und wie kann es im Hinblick auf Art. 99 Abs. 1 Bayerisches Strafvollzugsgesetz sein, dass die in Rede stehenden besonderen Sicherungsmaßnahmen mutmaßlich (auch) von der Stellvertretung angeordnet wurden?
- Wie verhalten sich die Zahlen der Unterbringung in besonders gesicherten Hafträumen (bgH) während der Zeit der Tätigkeit der besagten Stellvertreterin sowohl in der JVA Kaisheim als auch in der JVA Augsburg-Gablingen (Vergleiche bitte mit Zeiträumen davor und danach sowie mit anderen bayerischen JVA)? Gab es hier insoweit Auffälligkeiten und falls ja, welche Konsequenzen wurden hieraus abgeleitet?
- Gab es Meldemechanismen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der JVA Kaisheim und/oder in der JVA Augsburg-Gablingen, dass diese mutmaßlichen Missstände, insbesondere womöglich bei Anstaltsleitungen, ohne Angst vor Repressalien kommunizieren können, und wenn ja, welche (wie verhält es sich in anderen bayerischen JVA)?
- Wie verhält es sich mit dem zuständigen Anstaltsbeirat, hatte dieser Kenntnis von den mutmaßlichen Misshandlungen und nunmehrigen sowie seinerzeitigen Ermittlungen, falls ja, seit wann jeweils und was leitete er hieraus jeweils für Konsequenzen ab?
- Wie stellt die Staatsregierung nach diesen äußerst gravierenden Vorwürfen – die Rede ist insoweit sogar von Foltermethoden – sicher, dass die Behandlung der inhaftierten Personen in der JVA Augsburg-Gablingen zukünftig den gesetzlichen und ethischen Anforderungen entspricht?
- Inwiefern wurden die mutmaßlichen schweren Missstände in der Unterbringung und Behandlung von Gefangenen (z. B. auch Versorgung mit grundlegenden Hygieneartikeln) von der Leitung überprüft und ggf. beseitigt?
- Welche Maßnahmen zur Qualitätssicherung der Haftbedingungen und zur Überwachung des Personals wurden seit den Vorwürfen in der JVA Augsburg-Gablingen ergriffen oder sind geplant?

- Wurden die betroffenen inhaftierten Personen oder Zeugen seinerzeit und/oder nunmehr zu den erhobenen Vorwürfen angehört? Falls ja, wie wurden ihre Aussagen bewertet?
- Inwiefern ist die Staatsregierung in die laufenden Ermittlungen involviert, und welche (organisatorischen) Konsequenzen sind daraus zu erwarten?
- Sind vergleichbare Vorwürfe in anderen bayerischen JVA bekannt, und welche präventiven Maßnahmen wurden in der JVA Augsburg-Gablingen bzw. ggf. bayernweit eingeführt, um solche schwere mutmaßlichen Misshandlungsvorfälle zu vermeiden?
- Welche Schulungs- und Überwachungsmechanismen sind für das Personal der JVA Augsburg-Gablingen vorhanden, um den professionellen Umgang mit inhaftierten Personen sicherzustellen und Missbrauch zu verhindern?
- Welche Schritte plant die Staatsregierung, um die Transparenz bei der Untersuchung von Beschwerden über die Bedingungen in bayerischen JVA zu erhöhen?

Begründung:

Die Staatsanwaltschaft in Augsburg ermittelt nach Medienberichten gegen Mitarbeiter der JVA Augsburg-Gablingen wegen des Verdachts auf schwere körperliche Misshandlungen von Gefangenen. Sowohl eine Anwältin als u. a. auch eine ehemalige Gefängnisärztin erheben äußerst schwerwiegende Vorwürfe. Nach publik gewordenen Preserecherchen läuft auch gegen die stellvertretende Leiterin der JVA Augsburg-Gablingen ein Ermittlungsverfahren. Gefangene sollen möglicherweise auf ihre Anordnung hin misshandelt worden sein. Polizei und Staatsanwaltschaft sollen kürzlich Ermittlungen in der dortigen JVA vorgenommen haben, um den Vorwürfen nachzugehen.

Es stehen u. a. Vorwürfe im Raume, dass Gefangene geschlagen und in den sogenannten besonders gesicherten Hafträumen teils nackt, ohne Decke und ohne Matratze eingesperrt worden sein sollen. Eine Anwältin berichtet hierbei, dass Mandanten von ihr nackt in Zellen gewesen seien, sie auf dem Betonboden hätten schlafen müssen und es teilweise nicht einmal warme Mahlzeiten gegeben habe, sondern nur eine Scheibe Brot mit etwas Wurst. Einer ihrer Mandanten erhielt ihren Aussagen nach sogar nur ein Glas Wasser am Tag, das Licht sei rund um die Uhr ausgeschaltet gewesen, und es habe auch keine frische Luft gegeben. Auch eine ehemalige Gefängnisärztin erhebt vergleichbar schwere Vorwürfe im Hinblick auf die Zustände in der dortigen JVA. In der Presse ist von Foltermethoden die Rede.

Nach weiteren Recherchen des BR soll das StMJ bereits seit mindestens einem Jahr über die gravierenden Vorwürfe informiert gewesen sein. Diese sollen in einer Mail von einer damaligen Anstaltsärztin der JVA Augsburg-Gablingen (sehr) detailliert beschrieben worden sein. So soll die Ärztin am 18. Oktober 2023 eine Mail an das StMJ, konkret an das Fachreferat für den Justizvollzug, geschickt haben, in der sie u. a. von „menschunwürdigen Verhältnissen“, insbesondere in den sogenannten „besonders gesicherten Haftzellen“, berichtet haben soll. Auch ein weiterer Arzt aus der JVA soll sich seinerzeit 2023 bereits an das StMJ gewandt haben.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Katja Weitzel, Christiane Feichtmeier
u.a. SPD
Drs. 19/3787**

Schwere Misshandlungen von Gefangenen in der JVA Augsburg-Gablingen?

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Horst Arnold**
Mitberichterstatter: **Dr. Stephan Oetzinger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 7. November 2024 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Gülseren Demirel, Claudia Köhler, Tim Pargent, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Misshandlungen in bayerischen Gefängnissen lückenlos aufklären!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag und im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration über mögliche straf- und dienstrechtliche Verstöße in bayerischen Justizvollzugsanstalten (JVA) durch Bedienstete zu berichten. Sie soll dem Landtag dabei insbesondere über Erkenntnisse zu den Vorkommnissen an der JVA Augsburg-Gablingen sowie an anderen JVA, an denen die Verdächtigen zuvor angestellt waren, wie beispielsweise der JVA Kaisheim, berichten. Zusätzlich soll die Staatsregierung dem Landtag die folgenden Fragen beantworten:

1. Gegen wie viele Personen wird derzeit strafrechtlich ermittelt oder werden dienstrechtliche Maßnahmen geprüft?
2. Wie oft und aus welchen Gründen hat die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter die betroffenen JVA überprüft?
3. Inwiefern wurden bei der Unterbringung von Gefangenen in den besonders gesicherten Hafträumen von den betroffenen JVA die Meldepflichten gegenüber der Fachaufsicht eingehalten? In welchen Fällen hat die Fachaufsicht nach einer Meldung eingegriffen?
4. Welche Bemühungen gab es vonseiten der Fachaufsicht, der Strafvollstreckungskammern oder der Staatsanwaltschaften, mögliche Missstände aufzudecken und zu beenden?
5. Wann wurde dem Staatsministerium der Justiz (StMJ) zum ersten Mal von Missständen in den betroffenen JVA berichtet und welche Maßnahmen wurden daraufhin ergriffen?
6. Welche Zeugen wurden von der Staatsanwaltschaft im Rahmen des Vorermittlungsverfahrens zu den Vorwürfen gegen die JVA Augsburg-Gablingen vernommen und welche Anstrengungen wurden in den zehn Monaten vor der vorläufigen Einstellung unternommen, um die Vorwürfe hinsichtlich der beteiligten und betroffenen Personen zu konkretisieren?
7. Welche weiteren Fälle aus JVA in ganz Bayern sind der Staatsregierung bekannt, bei denen es ähnliche Vorwürfe oder nachgewiesenes Fehlverhalten von JVA-Bediensteten gab?
8. Was plant das StMJ, um die Vorfälle aufzuklären und um in Zukunft einen möglichen Missbrauch von Sicherheits- und Disziplinarmaßnahmen gegenüber Gefangenen zu verhindern?

Begründung:

Laut Zeitungsberichten kam es am Donnerstag, dem 24. Oktober 2024, zu einer Durchsuchung in der JVA Augsburg-Gablingen. Hintergrund sind Ermittlungsverfahren gegen mehrere Justizangestellte, denen vorgeworfen wird, Gefangene unter unmenschlichen Bedingungen in den besonders gesicherten Hafträumen der JVA eingesperrt zu haben. Diese Hafträume dienen eigentlich als Ultima Ratio bei einer Selbst- oder Fremdgefährdung von Gefangenen. Laut den nun bekannten Vorwürfen wurde diese Schutzmaßnahme zumindest in der JVA Augsburg-Gablingen von einzelnen Angestellten, insbesondere der stellvertretenden Anstaltsleiterin, missbraucht. Es steht zudem der Verdacht im Raum, dass es auch an früheren Arbeitsorten der Verdächtigen zu Vorfällen gekommen sein könnte.

Der zuständige Staatsminister Georg Eisenreich hat bereits eine umfassende Aufklärung gefordert. Dieser Ankündigung müssen Taten folgen. Die Staatsregierung soll daher dem Landtag über ihre Erkenntnisse zu den Vorfällen berichten. Anschließend muss es eine politische Debatte darüber geben, wie solche Vorkommnisse bayernweit verhindert werden können.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl
u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Drs. 19/3790**

Misshandlungen in bayerischen Gefängnissen lückenlos aufklären!

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Toni Schuberl**
Mitberichterstatter: **Dr. Stephan Oetzinger**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 7. November 2024 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende



Antrag

der Abgeordneten **Petra Guttenberger, Michael Hofmann, Dr. Alexander Dietrich, Dr. Stephan Oetzinger, Martin Stock, Karl Straub, Peter Wachler CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöller und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Vollumfängliche Aufklärung der Vorwürfe bezüglich der Vorkommnisse in der JVA Augsburg-Gablingen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag schriftlich und im Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration mündlich über die in der Öffentlichkeit aufgekommenen Vorwürfe hinsichtlich schwerer Misshandlungen von Gefangenen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) Augsburg-Gablingen umfassend zu berichten.

Begründung:

Die Staatsanwaltschaft Augsburg ermittelt derzeit gegen mehrere Mitarbeiter der JVA Augsburg-Gablingen, u. a. auch gegen die stellvertretende Anstaltsleiterin. Es stehen schwerwiegende Tatvorwürfe wie Körperverletzung im Amt im Raum.

Daher ist, auch um das Vertrauen in unseren Rechtsstaat zu stärken, eine lückenlose Aufklärung notwendig. Die Staatsregierung soll daher umfassend sowohl dem Landtag schriftlich als auch im zuständigen Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration mündlich über den derzeitigen Stand der ihr bekannten Informationen berichten.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Michael Hofmann,
Dr. Alexander Dietrich u.a. CSU,
Florian Streibl, Felix Locke, Martin Scharf u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 19/3813**

**Vollumfängliche Aufklärung der Vorwürfe bezüglich der Vorkommnisse in der
JVA Augsburg-Gablingen**

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Dr. Stephan Oetzinger**
Mitberichterstatter: **Toni Schuberl**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 7. November 2024 beraten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende